

Herausforderungen aus Sicht der katholischen Soziallehre Impulsreferat von PD Dr. Matthias Möhring-Hesse

1. Arbeit in der katholischen Sozialreflexion

Gemeinhin heißt es, Arbeit würde in der katholischen Soziallehre als ein notwendiger Selbstaussdruck von Menschen hoch geschätzt. Ganz falsch liegt man damit jedenfalls nicht – und kann etwa auf die Enzyklika »Laborem exercens« von Papst Paul Johannes II verweisen. Wird jedoch Arbeit für ein notwendigen Selbstaussdruck von Menschen gehalten und damit als wertvoll beurteilt, kann diese Wertschätzung aber nicht einfachhin auf die Erwerbsarbeit übertragen werden. Denn Erwerbsarbeit ist zunächst einmal keine Arbeit, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis abhängiger Beschäftigung, in dem Menschen möglicherweise auch Arbeit erbringen, also ihr Arbeitsvermögen veräußern. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist Erwerbsarbeit wichtig, u.a. weil sie ihre einzig legale Quelle für selbstständige Einkommen ist. Wichtig ist sie allerdings nicht »von Natur aus«; ihre Wichtigkeit entspringt der Ordnung der bundesdeutschen Arbeitsgesellschaft. Erwerbsarbeit wird also wichtig gemacht. Auch wenn wichtig, ist Erwerbsarbeit kein »Wert an

Wichtig ist Erwerbsarbeit allerdings nicht »von Natur aus«. Erwerbsarbeit wird wichtig gemacht.

Würde genommen wird: Das gesellschaftliche Verhältnis Erwerbsarbeit ist so zu organisieren, dass es der Würde der erwerbstätigen Menschen entspricht und d.h. u.a., dass sie in diesem Verhältnis so arbeiten können, dass sie sich in ihrer Arbeit selbst zum Ausdruck bringen können. Dass Menschen sich in ihrer Arbeit selbst ausdrücken und so verwirklichen können, ist mithin Anspruch an die Erwerbsarbeit, nicht »per se« durch Erwerbsarbeit erfüllt. Die politisch gegenwärtig vertretene Behauptung, jedwede Erwerbsarbeit sei für die arbeitenden Menschen besser als keine, ist daher nicht richtig, zumindest nicht vor dem Hintergrund katholischer Sozialreflexion richtig.

sich« und hat damit keine Würde. Träger von Würde sind allein die zur Erwerbsarbeit angehaltenen und erwerbstätigen Menschen. Wenn aber die erwerbstätigen Menschen nur Würde haben und wenn ihre Arbeit als notwendiger Vollzug dieser Würde bewertet wird, dann hat deren Erwerbsarbeit daran nur so teil, dass sie unter den normativen Anspruch dieser

2. Arbeitslosigkeit

Signifikante Eigenschaft des bundesdeutschen Arbeitsmarktes ist die langfristig wachsende Lücke zwischen Arbeitskräfteangebot auf der einen und -nachfrage auf der anderen Seite. Die Ursachen dafür liegen nicht auf dem Arbeitsmarkt selbst, sondern – wie die wachsende Erwerbsbeteiligung der Frauen – bei seinen gesellschaftlichen Bedingungen oder – wie die zumindest beschäftigungspolitisch gesehen unzureichenden Investitionen – bei den dem Arbeitsmarkt vorgelagerten Märkten, allen voran den Güter- und den Finanzmärkten. Die Massenarbeitslosigkeit muss – zumindest vor dem Hintergrund katholischer Sozialreflexion – als Angriff auf die Menschenwürde der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen beurteilt werden: Wie alle anderen Erwerbspersonen werden sie durch die bestehende Ordnung zur Erwerbsarbeit angehalten, werden deswegen auch ihre Teilhabe- und Sicherungsrechte an Erwerbsarbeit gekoppelt, ohne dass sie aber eine (dauerhafte) Beschäftigung erreichen (können). Diese Missachtung besteht um so mehr, als der Zustand der Arbeitslosigkeit lange andauert oder immer wiederkehrt, weil genau diese Art von Arbeitslosigkeit gesellschaftlich »nicht vorgelesen« ist und deswegen zur sozialen Ausgrenzung führt. Dieser Deutung zufolge ist nicht unmittelbar die Arbeitslosigkeit die Ursache dafür, dass die Menschenwürde der Betroffenen verletzt wird, als vielmehr die gesellschaftliche Relevanz dieser Arbeitslosigkeit. Seit Entstehen der Massenarbeitslosigkeit betreiben die Kirchen deren Skandalisierung – und dies vollkommen zurecht. Allerdings steht die Kirche damit in zwei Gefahren:

1. Dadurch, dass sie Arbeitslosigkeit zu einem Skandal machen, stehen sie in der Gefahr, den gesellschaftlichen Wert der Erwerbsarbeit noch zu steigern und damit das Drama der Arbeitslosigkeit zu vergrößern und damit übrigens auch die Angst vor der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit, mit dieser Angst in und außerhalb der Betriebe Politik zu machen. 2. Mit

Dass sie ihr Arbeitsvermögens umfassend einbringen, wird bei den einen durch hohe Autonomie sowie durch hohe Einkommen, bei den anderen aber schlichtweg durch deren Angst vor Verlust ihrer Arbeitsplätze sichergestellt.

der Aufmerksamkeit für die Arbeitslosigkeit besteht die Gefahr, die Erwerbsarbeit und die dort bestehenden Verwerfungen aus dem Blick zu nehmen. Nicht nur die soziale Ausgrenzung in Folge der Arbeitslosigkeit ist ein Angriff auf die Menschenwürde, sondern auch Verwerfungen in der Erwerbsarbeit. Und genau davon ist in den Kirchen zu gut wie keine Rede. »Denen, die Arbeit haben«, so wird gesagt, zumindest gedacht, »gehts doch gut.« So aber besteht der von der Synode vor über zwei Jahrzehnten bemängelte Graben zwischen Kirchen und Arbeiterschaft fort, nein: er hat sich verbreitert.

3. Spaltung der Erwerbsarbeit

Im Zuge der Arbeitsmarktreformen wurde der Zwang zur Erwerbsarbeit verschärft (»Fordern«). Zwar ist Erwerbsarbeit grundsätzlich mit Zwang verknüpft – nicht zuletzt deshalb, weil man zur Veräußerung seines Arbeitsvermögens genötigt wird, um ein selbstständiges Einkommen zu erzielen. Dieser Zwang entsteht auch durch die sozialstaatlichen Sicherungssysteme – und wurde eben im Zuge der jüngsten Arbeitsmarktreformen zur Mobilisierung von Arbeitsbereitschaften deutlich verschärft. Dadurch, aber auch durch andere Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa den Anstieg niedrig entlohnter und prekärer Erwerbsarbeit, wächst zunehmend die Gefahr, dass sich neben der für die Bevölkerungsmehrheit üblichen Erwerbsarbeit abweichende Formen (niedrig entlohnter, entrechteter und weniger abgesicherter Arbeit durchsetzen, die mit der normalen Erwerbsarbeit nur noch den Namen, nicht aber deren individuelle und gesellschaftliche Bedeutung teilt. Die Menschen, die unter diesen abweichenden Formen der Erwerbsarbeit beschäftigt werden, werden dadurch in ihrer Menschenwürde verletzt. Sie stehen unter dem gleichen und gleich begründeten



Zwang zur Erwerbsarbeit, verhalten sich gegenüber diesem Zwang – wie allen anderen Erwerbspersonen – konform. Doch werden sie in abweichenden Formen der Erwerbsarbeit mit größerem Zwang, geringeren Sicherungsrechten und weniger Anerkennung usw. abgedrängt. Sie arbeiten somit nicht »in Augenhöhe« zu den anderen Erwerbstätigen, ohne dass es dafür hinreichend gute Gründe gibt.

Es herrscht die Überzeugung: Hauptsache Arbeit, so dass sich jeder, der eine Erwerbsarbeit hat, glücklich schätzen darf und soll. Gegen diese Ignoranz Politik zu machen, wäre eine Aufgabe für unsere Kirche.

4. Menschenwürde und Arbeitsbedingungen

Von der politischen Öffentlichkeit, erst Recht von den Kirchen weitgehend unbemerkt haben sich in den Betrieben und Unternehmungen die Arbeitsbedingungen drastisch verändert: In vielen Bereichen, also nicht nur im Bereich hoch qualifizierter Arbeit, wird das Arbeitsvermögen der Beschäftigten möglichst umfassend genutzt, mithin die Erwerbstätigen mit Hand, Kopf und »ganzem Herzen« gefordert. Dass sie ihr Arbeitsver-

mögen entsprechend umfassend einbringen, wird bei den einen durch hohe Autonomie in der Arbeit sowie durch hohe Einkommen, bei den anderen aber schlichtweg durch deren Angst vor Verlust ihrer Arbeitsplätze sichergestellt. Im Ergebnis führt dies zu gespaltenen Arbeitsbedingungen: Bei den einen bestehen Chancen zur – wie man früher sagte – Humanisierung der Arbeit und eben dabei auch zu einer weitreichenden Anerkennung der Würde und der Autonomie der arbeitenden Menschen. Bei den anderen aber führt dieselbe Managementstrategie zu einer weitreichenden Missachtung der Würde: Um das Arbeitsvermögen der Beschäftigten an den Kassen der Supermärkte oder in den Produktionsstätten ganz zu nutzen, werden selbst ihre basalen Interessen ignoriert und dadurch ihre gleiche Würde missachtet. Aber auch in den Bereichen, wo die höheren Ansprüche an den Vollzug der Arbeit mit höherer Autonomie in der Arbeit erkaufte wird, entstehen Probleme, besteht nämlich zunehmend die Gefahr der Vernutzung von Arbeitsvermögen. Gerade weil immer auch im eigenen Interesse, wird der Vollzug des eigenen Arbeitsvermögens auf hundert Prozent gesetzt, was aber langfristig nicht gelingen kann. Es droht das Burn-out – und in dessen Folge der Verlust des Arbeitsvermögens und dann die Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt. Dass die erwerbstätigen Menschen ihrer Arbeit zunehmend ganz zur Verfügung stehen wollen/müssen, hat auch zeitliche Auswirkungen:



Ihre Erwerbsarbeit wuchert zunehmend in ihr Leben aus, überwindet die einzigen Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit. In der Folge veröden gesellschaftliche Bereiche außerhalb der Erwerbsarbeit, u.a. die Familie, das zivilgesellschaftliche Engagement, auch die Kirche.

5. Arbeitspolitik

Erwerbsarbeit ist ein gesellschaftlicher – und darin ein politisches Verhältnis: Außerhalb der Betriebe wird die Ordnung der Erwerbsarbeit, zum Beispiel der Bedingungen ihres Vollzugs, innerhalb der Betriebe und Unternehmen werden die Bedingungen des Vollzugs der vertraglich vereinbarten Arbeitsvermögen politisch ausgehandelt. Unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit sowie der Shareholder-Ökonomie haben sich die arbeitspolitischen Konstellationen am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen sowie in der politischen Öffentlichkeit dramatisch verschoben. Die Möglichkeiten der Erwerbstätigen, ihre Interessen gleichberechtigt und i.d.S. »auf Augenhöhe« vertreten zu können, haben sich deutlich verschlechtert. In vielen Betrieben und Branchen herrscht, zumindest in bestimmten Segmenten, schlichtweg die Angst. Auch darin darf man

eine Verletzung der Würde von Menschen sehen, deren Würde gerade darin besteht, gleichberechtigte Subjekte ihres eigenen Lebens zu sein.

6. Arbeit und Menschenwürde

So sehr in der real existierenden Erwerbsarbeit die Würde von Menschen verletzt wird, so groß die Gefahren der Vernutzung von Arbeitsvermögens und der Entgrenzung der Arbeit sind, so wenig ist dies in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik bekannt. Es herrscht – zumal in den Kirchen – die Überzeugung: Hauptsache Arbeit, so dass sich jeder, der eine Erwerbsarbeit »hat«, glücklich schätzen darf und soll. Gegen diese Ignoranz Politik zu machen und entsprechende Menschenverletzungen publik zu machen, wäre m.E. eine vornehme und zugleich realistische Aufgabe für unsere Kirche – auch im Bistum Mainz.

PD Dr. Matthias Möhring-Hesse,
Frankfurt

